

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/03/2008  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Dienstag, 17.06.2008  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Stand der Umsetzung des KiBiz
5. Konsolidierung des städtischen Haushaltes  
Erstes Sparpaket, DS-Nr: 0450/2008
6. Kinderschutzbund Hagen  
Vorstellung des Projektes "Willkommen im Leben"
7. Jahresbericht und Verwendungsnachweis Music Office Hagen  
Vorlage: 0489/2008
8. Bürgerantrag zur Aufnahme der Personalkosten für einen Streetworker an die erste Stelle der Prioritätenliste für investive Maßnahmen der Stadt Hagen  
Hier: Beschluss aus dem Beschwerdeausschuss vom 21.05.08  
Vorlage: 0448/2008
9. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen  
hier: Absenkung der Kosten der Erziehungshilfe 55-M 05  
Vorlage: 0493/2008
10. Altenhagen - Programmgebiet Soziale Stadt  
hier: Verstetigung der Stadtteilentwicklung  
Vorlage: 0276/2008

11. Aufstellung der Jugendschöffenliste  
Vorlage: 0473/2008
12. Geschäftsbericht 2007 für den Fachbereich Jugend & Soziales  
Vorlage: 0467/2008
13. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe  
Vorlage: 0521/2008
14. Anfragen nach § 6 Abs. 8 der GeschO des Rates

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Tagesordnung so bestehen bleibt.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Steuber freut sich, die erfreuliche Mitteilung machen zu können, dass der Jugendrat zu den diesjährigen Preisträgern des WDR-Kinderrechts-Preises gehöre. Die Jugendbeteiligung bei der Stadtentwicklung, insbesondere die Initiative beim Flächennutzungsplan, sei vom WDR mit Vorbildcharakter bezeichnet worden. Die Preisverleihung sei am 21. September.

Weiterhin teilt er mit, dass der Stellenplan 2008 im Haupt- und Finanzausschuss noch nicht beschlossen worden sei und es bei den Beratungen auch um Stellen gehe, die für die Jugendhilfe beantragt worden seien.

Herr Goldbach informiert den Ausschuss darüber, dass erneut ein Beschwerdeschreiben eines Bürgers aus Halden zum Spielplatz Berchumer Straße vorläge. Dieses sei dem Rechtsamt mit der Bitte um weitere Prüfung zugeleitet worden. Zeitgleich habe er von Radio Hagen erfahren, dass die Pfadfindergruppe aus dem Klosterviertel und aus Halden diesen Spielplatz als besonders guten Spielplatz bewertet hätte.

Im Jugendaustausch mit Modein läge von dort eine Gegeneinladung für die Herbstferien vor. Vorausgegangen sei der Besuch einer Jugendgruppe aus Modein in Hagen in den Osterferien in diesem Jahr.

Weiterhin läge ein Schreiben von Minister Wittke über die Beurteilung des Konzeptes über die „Soziale Stadt Wehringhausen“ vor. Der Minister gratuliere dem Oberbürgermeister darin zur Aufnahme des Stadtteils Wehringhausen in das Handlungsprogramm Soziale Stadt. Auflage sei jedoch zum einen eine Nachbearbeitung mit der Wohnungswirtschaft, die man schon begonnen habe. Zum anderen sei der Hinweis enthalten, dass die Entscheidung keine Aussage über die Finanzkraft der Stadt Hagen habe. Die besondere Haushaltssituation sei dargelegt worden. Es sei nun Aufgabe der Stadt Hagen, im Investitionsprogramm innerhalb der Kreditlinie mit der Kommunalaufsicht Arnberg die Eigenmittel für die Förderprogramme entsprechend zu berücksichtigen.

Herr Dr. Schmidt ergänzt, dass es möglich sei, den Eigenanteil der Stadt durch PPP-Modelle zu ersetzen. Man müsse versuchen, das Programm in den ersten Jahren etwas niedriger zu fahren, um es anlaufen zu lassen. Die Eigenmittel könnten hierbei eine Größenordnung von 40.000 bis 60.000 € haben. Er könne sich vorstellen, dass es Partner gebe, die eventuell Vorteile hätten, bei der Antragstellung beim Land mit einzusteigen. Er sei sich sicher, dass es gelänge, Wehringhausen nicht in der Luft hängen zu lassen. Der Antrag sei in Arnsberg als besonders gut bewertet worden. Dies sei in erster Linie Herrn Goldbach zu verdanken.

Frau Simon berichtet zum aktuellen Stand zur Kinderschutzambulanz. Der kleine Arbeitskreis „Kinderschutzambulanz“ habe sich bereits einige Male getroffen. Man habe unter anderem erörtert, welche Bereiche die Kinderschutzambulanz nach dem Konzept abdecken müsse. Man habe sich über die vorhandenen Schwachstellen ausgetauscht. Zurzeit analysiere man die Schwachstellen und Lücken des Konzeptes. Man habe sich auch über den Personalbedarf Gedanken gemacht. Hier sei man noch zu keinem Ergebnis gekommen. In der nächsten Woche fände ein Gespräch mit einer Vertreterin der Kinderschutzambulanz in Remscheid statt, in dem unter anderem auch diese Fragen erörtert werden sollten. Deutlich sei geworden, dass die Stadt Hagen im Moment eine solche Kinderschutzambulanz nicht finanzieren könne. Es werde noch eine Bestandserhebung gemacht, welche Angebote im Kinderschutz vorhanden seien. Das Landesjugendamt sei bereit, in Zusammenarbeit ein Gesamtkonzept zum Thema Kinderschutz in Hagen zu erarbeiten. Im September könne ein Vertreter des Landesjugendamtes dem Jugendhilfeausschuss die Inhalte und die Zeitplanung des Gesamtkonzeptes vorstellen.

Herr Reinke verweist auf den Beschluss hierzu, den der Jugendhilfeausschuss im März dieses Jahres gefasst habe, in dem die Kinderschutzambulanz als eigener Baustein mit besonderer Dringlichkeit behandelt werden sollte. Im Spätsommer/Herbst sollte dem Jugendhilfeausschuss hierzu eine Vorlage mit entsprechendem Beschlussvorschlag präsentiert werden. Könne es bei dieser Zeitplanung bleiben?

Herr Steuber weist darauf hin, dass zunächst festgestellt werden müsse, ob es tatsächlich notwendig sei, eine neue Struktur zu schaffen oder ob es in ein anders System eingebettet werden könne. Basis solle eine langfristig angelegte Jugendhilfeplanung sein.

Herr Strüwer erklärt, dass dieses Thema den Jugendhilfeausschuss in den nächsten Sitzungen sicher noch beschäftigen werde.

Herr Feldhaus nimmt Bezug auf einen Presseartikel, in dem es über eine mögliche Übernahme von Kindergärten durch die Arbeiterwohlfahrt gegangen sei. Dies habe zu Irritationen geführt. Er stellt fest, dass die Geschäftsführung der Arbeiterwohlfahrt mit der Stadt Hagen keine Verhandlungen zur Übernahme der städtischen Kindergärten geführt habe.

### 3. Anliegen der Jugendräte

Herr Strüwer verpflichtet Frau Stefanie Grüger, die heute als Vertreterin des Jugendrates anwesend ist.

Frau Grüger berichtet von den Aktivitäten des Jugendrates. Sie nimmt Bezug auf den schon unter dem Tagesordnungspunkt 2 angesprochenen WDR-Kinderrechte-Preis. Der Jugendrat Hagen habe den zweiten Platz belegt.

Zum Projekt „Legales Graffiti-Sprayen“ berichtet sie, dass mit Profis zusammengearbeitet werden solle, die den Kindern und Jugendlichen die richtige Technik des Sprühens beibringen sollten, um genehmigte Flächen in Hagen zu verschönern.

Weiterhin sei die Klima-AG des gesamtstädtischen Jugendrates beim Weltumwelttag mit einem Stand vertreten gewesen.

Nach den Sommerferien würden neue Wahlen für die Vertretung des Jugendrates durchgeführt. Dann würden auch neue Vertreter für den Jugendhilfeausschuss entsendet.

### 4. Stand der Umsetzung des KiBiz

Frau Versteeg-Schulte berichtet vom Stand der Umsetzung des KiBiz.

Hervorzuheben sei, dass 76 neue Betriebserlaubnisse für Hagen notwendig seien. Weiterhin seien alle geplanten Personalwechsel in den Kindertageseinrichtungen beim Land zu beantragen. Dies habe mit der persönlichen und fachlichen Eignung der Kräfte in den Einrichtungen zu tun. Damit solle Kinderschutz gewährleistet werden.

Herr Strüwer stellt fest, dass das Anmeldeverfahren abgeschlossen sei. Bei vielen Trägern werde jetzt auch quergerechnet, ob die Auskömmlichkeit gegeben sei. Er habe sehr positive Rückmeldungen von vielen Seiten, aber an der einen oder anderen Seite gebe es auch Probleme. Er bittet Frau Nowicki um Auskunft darüber, wie sich das im Kreis der evangelischen Kindergärten in den letzten Wochen gerade im Hinblick auf die auskömmliche Gestaltung entwickelt habe. Weiterhin bittet er auch Herrn Feldhaus um eine kurze Stellungnahme.

Frau Nowicki teilt mit, dass sie nach ersten Erkenntnissen sagen könne, dass die Pauschalen zunächst auskömmlich seien. Die abgesenkten Trägeranteile würden jedoch in einigen Haushalten dazu führen, dass diese durch Rücklagen ausgeglichen werden müssten.

Herr Feldhaus kann auch bestätigen, dass die Pauschalen weitestgehend auskömmlich seien. Es gebe durch veränderte Strukturen jedoch einen Mehrbedarf an Personal. Das sei eine Mehrbelastung und man sei aufgrund dessen zurzeit in Gesprächen mit der Verwaltung.

Herr Strüwer berichtet vom Landesjugendhilfeausschuss, dass es im Bereich

von KiBiz gegenüber der GTK-Förderung für Hagen einen Zuwachs der Landeszuweisung in Höhe von 25,4 % gegeben habe.

## 5. **Konsolidierung des städtischen Haushaltes** **Erstes Sparpaket, DS-Nr: 0450/2008**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer erläutert die Hintergründe zu der Vorlage.

Nachdem er das Sparpaket zum ersten Mal gesichtet habe, habe er mit den Vertretern der Parteien und Vertretern der Jugendverbände Gespräche geführt, ob diese es für erforderlich hielten, die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorzuziehen. Da der Jugendbereich nur mit zwei Positionen vertreten sei, die auch erst für 2010 Auswirkungen hätten, habe man sich darauf verständigt, den normalen Beratungsablauf zwei Tage vor der Ratssitzung einzuhalten. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Hagen jeden Tag nahezu 400.000 € neue Schulden mache, müsse man in allen Bereichen gucken, wie man aus dieser Finanzfalle herauskomme.

Herr Dr. Schmidt erläutert die beiden Sparmaßnahmen für den Jugendbereich. Zum einen gehe es um eine Kürzung in Höhe von 30.000 € bei den Jugendorganisationen im Kontraktbereich von Herrn Goldbach, die ab 2010 wirksam würde. Im Moment kämpfe man um die Beibehaltung des Kontraktes im Jugendbereich. Man sei nach interner Diskussion übereingekommen, dass die Einsparung dieses Betrages möglich sei.

Bei der anderen Maßnahme handele es sich um eine Kürzung nach dem Rasenmäherprinzip im Bereich der Pauschalansätze in verschiedensten Bereichen. Auch hier habe man abgewogen und entschieden, dass man das aus Sicht der Verwaltung verantworten könne.

Herr Strüwer berichtet von einem Gespräch mit Herrn Professor Bajohr zusammen mit Frau Klos-Eckermann, in dem man die Position des Jugendhilfeausschusses deutlich gemacht habe. Man habe aufgezeigt, dass der Jugendhilfeausschuss in den vergangenen Jahren deutliche Anstrengungen unternommen habe, einzusparen und zur Sanierung beizutragen. Mögliche Einsparungen müssten zukünftig auch sachlich und fachlich fundiert sein und im Einzelfall im Ausschuss diskutiert werden. Dem sei bei dem obigen Sparvorschlag bereits Rechnung getragen worden. Er schlage daher als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses vor, den beiden Sparvorschlägen zu folgen. Die Einsparung der 30.000 € bei den Jugendorganisationen solle dann zunächst im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und anschließend im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden, um zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen.

Anschließend lässt Herr Strüwer über die beiden Sparvorschläge abstimmen.

Er fragt die Ausschussmitglieder abschließend, ob es zu dem von ihm vorgeschlagenen Verfahren Widerspruch gebe. Das ist nicht der Fall.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss schlägt dem Rat der Stadt Hagen vor, den beiden Sparvorschlägen im Jugendbereich 55\_04 und 55\_07 zu folgen.

**Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 9

Dagegen: 2

Enthaltungen: 2

## 6. Kinderschutzbund Hagen Vorstellung des Projektes "Willkommen im Leben"

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Burghardt und Frau Pischkale-Arnold stellen das Projekt „Willkommen im Leben“ vor.

Frau Burghardt schließt die Ausführungen mit dem Hinweis ab, dass die Finanzen des Landes für dieses Projekt Ende des Vorjahres erschöpft waren. Nun arbeite der Kinderschutzbund auf eigene Rechnung. Man bemühe sich, es weiterzuführen. Das Projekt sei in diesem Jahr abgesichert. Dies sei aber nur möglich, weil man auf ein anderes Projekt verzichtet habe. Man hoffe sehr, dass es für das nächste Jahr eine Finanzierungsmöglichkeit dieses Projektes gebe. In erster Linie hoffe man in diesem Zusammenhang auf das Land Nordrhein-Westfalen. Das Land habe dieses Projekt angestoßen und damit auch eine Verpflichtung übernommen. Dieses gehöre in das Gesamtpaket „Kinderschutz“.

Herr Dr. Schmidt bedankt sich, dass der Kinderschutzbund dieses Projekt mit viel Engagement unterstütze. Für den Fall, dass die Stadt finanziell einspringe, müsse es gelingen, diese Aufgabe aus dem freiwilligen Bereich im pflichtigen Bereich des Kinderschutzes unterzubringen. Dann könne er sich eine Mitförderung der Stadt vorstellen. Eine Garantie dafür könne er natürlich nicht geben.

Herr Decker stellt fest, dass es im Zusammenhang mit diesem Projekt eine aktive und eine passive Werbung gebe. Habe er es so richtig verstanden, dass es bei dem aktiven Teil einen Datenaustausch gebe?

Auf die Frage von Herrn Decker nach der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen erklärt Herr Steuber, dass natürlich keine personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben werden könnten. Es sei so vereinbart, dass das Büro des Oberbürgermeisters ein Gratulationsschreiben an die Eltern neugeborener Kinder verschicke und darin die Frage enthalten sei, ob ein Besuch des Kinderschutzbundes erwünscht sei. Damit habe man einen Weg gefunden, die dem Kinderschutzbund diese Tür öffne.

Herr Strüwer bedankt sich auch im Namen des Jugendhilfeausschusses ganz herzlich bei den Vertreterinnen des Kinderschutzbundes und wünscht alles Gute für die weitere Arbeit.

## 7. Jahresbericht und Verwendungsnachweis Music Office Hagen Vorlage: 0489/2008

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

### Beschluss:

Der Kultur- und Weiterbildungsausschuss nimmt den Bericht des Music Office Hagen zur Kenntnis.

### Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

---

8. **Bürgerantrag zur Aufnahme der Personalkosten für einen Streetworker an die erste Stelle der Prioritätenliste für investive Maßnahmen der Stadt Hagen**  
**Hier: Beschluss aus dem Beschwerdeausschuss vom 21.05.08**  
**Vorlage: 0448/2008**

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer weist darauf hin, dass es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um eine Überweisung des Beschwerdeausschusses an den Jugendhilfeausschuss handele. Er erläutert den Hintergrund des Bürgerantrages. Er stellt fest, dass die Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt eine Tischvorlage erstellt habe. Er bittet um Kommentierung dieser Tischvorlage durch die Verwaltung. Er sehe sich nicht in der Lage, über diesen Bürgerantrag zu entscheiden. Er empfiehlt den Ausschussmitgliedern, den vorliegenden Antrag nicht weiter zu behandeln.

Herr Dr. Schmidt ist der Meinung, dass hier etwas streng nur auf die formale Seite geschaut worden sei. Es gehe um den Inhalt des Antrages. Aus diesem Grunde habe die Verwaltung eine Tischvorlage zum Thema „Straßensozialarbeit bei Kindern“ erstellt. Man habe dieses Projekt seinerzeit gefördert und auch den Antrag vorliegen, es fortzusetzen. Man versuche eine Antwort dahingehend zu geben, dass es letztendlich an den finanziellen Möglichkeiten scheitere. Er bäte um Verständnis, dass man diesem Antrag an dieser Stelle nicht stattgeben wolle.

Herr Reinke ist der Meinung, dass man den formalen Teil an den Beschwerdeausschuss zurück überweisen müsse. Bezüglich der Tischvorlage der Verwaltung müsse man jedoch in eine inhaltliche Diskussion einsteigen. Der Inhalt der Tischvorlage entspreche nicht dem, was der Jugendhilfeausschuss im letzten Jahr diskutiert und gewollt habe.

Herr Dücker schlägt vor, dieses Thema als Sonderpunkt in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses und nicht im Zusammenhang mit diesem Bürgerantrag zu behandeln. Der Bürgerantrag sei seiner Meinung nach absichtlich in einer solchen Form gestellt worden und solle daher zurückgewiesen werden.

Frau Klos-Eckermann erklärt, dass sie nicht bereit sei, das Thema in diesem Ausschuss erneut zu diskutieren, wenn es keine neuen Erkenntnisse gebe.

Herr Haensel macht deutlich, dass er zu dem Bürgerantrag keine Stellungnahme abgeben könne und wolle. Er habe in Erinnerung, dass es im Jugendhilfeausschuss um die Frage gegangen sei, wie die Arbeit „Streetwork“ begleitet und umgesetzt werden solle. Daher sei er von dieser Tischvorlage befremdet. Es habe eine Reihe von Gesprächen gegeben, aber er könne sich nicht erinnern, dass es mit dem Träger zu diesem Thema eine Meinungsbildung gegeben habe. Dass ein Bedarf nicht vorhanden sei, könne er so nicht so akzeptieren. Man solle sich noch die Zeit für eine weitere Diskussion zu diesem Thema nehmen.

Herr Strüwer erinnert daran, dass der Jugendhilfeausschuss im November/Dezember letzten Jahres darüber diskutiert habe. Man sei so verblieben, dass eruiert werden solle, inwieweit eine mögliche Zusammenarbeit und Finanzierbarkeit möglich sei. Er habe mehrfach nachgefragt, wie der Stand der Gespräche sei und ob man dieses Thema wieder auf die Tagesordnung setzen könne. Offensichtlich gebe es von Seiten des Trägers noch Gesprächsbedarf. Er schlage daher vor, dass dieses Thema losgelöst von dem Bürgerantrag nach der Sommerpause noch einmal zu behandeln. Er erinnert daran, dass es bei den Beratungen zur Sozialen Stadt Wehringhausen auch darum gegangen sei, Impulse im sozialen Bereich zu setzen und den Bereich Streetwork mit einzubeziehen.

Herr Steuber erklärt, er habe keine Bedenken, die Anregung von Herrn Dücker aufzunehmen und das Thema im September erneut zu beraten. Er wolle nur darauf hinweisen, dass man in diesem Zusammenhang unzählige Gespräche mit dem Träger geführt habe. Man habe eine gemeinsame Entwicklungslinie verfolgt, um sie in einem bestimmten Quartier zu platzieren und eine neue Angebotsform zu kreieren. Er habe nichts dagegen, wünschenswerte Angebote zu thematisieren, allerdings habe er eine realistische Finanzschiere im Kopf. In der Abwägung von elementar Wichtigem müsse man sich anders positionieren und entscheiden. Man sei zu der Entscheidung gekommen, dass das Problem von Straßenkindern in Hagen nicht existent sei. Man müsse sich fragen, wie man die jungen erwachsenen Menschen, um die es hier gehe, erreichen könne. Anliegen der Verwaltung sei gewesen, unter eine Reihe von endlosen Gesprächen einen Schlusspunkt zu setzen, weil eine Finanzierbarkeit nicht gegeben sei.

Herr Decker ist der Meinung, dass eine Diskussion nicht sinnvoll sei, wenn der Bedarf nicht vorhanden sei. Er unterstreicht die Aussage von Herrn Steuber.

Herr Strüwer kann das nicht nachvollziehen. Man habe im letzten Jahr hier im Ausschuss über einen Erfahrungsbericht gesprochen. Man habe sich darauf verständigt, dass sich der Ausschuss nach Beendigung der Gespräche erneut damit beschäftigen wolle. Er sei mit dem Verfahren in der vorliegenden Form nicht einverstanden. Er sei jedoch dankbar dafür, dass man eine klare Trennung zwischen dem Bürgerantrag und der Thematik gezogen habe.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass die Tischvorlage in Abstimmung mit ihm erfolgt sei. Man sei gegen Ehrenrunden. Der Gürtel sei so eng, dass Prioritäten gesetzt werden müssten. Es gebe an dieser Stelle keinen Bedarf. Er stelle jetzt fest, dass die Politik nicht derselben Meinung sei, so dass dann wohl erneut diskutiert werden müsse.

Herr Haensel erinnert sich daran, dass man im Unterausschuss und hinter dieser Kulisse einen Vertrauensschutz formuliert habe. Daher sei er bereit gewesen, diese Dinge übergangsweise zu finanzieren. Hintergrund sei doch gewesen, dass man die Frage habe klären wollen, ob es aus dem KJHG heraus eine Möglichkeit gebe, einen pflichtigen Leistungskontext zu generieren. Er sei nicht in den Entscheidungsfindungsprozess einbezogen worden. Daher habe er mit Befremden die Tischvorlage gelesen. Sei das die neue Kultur, miteinander

umzugehen?

Herr Steuber erklärt, dass das Diakonische Werk informiert worden sei.

Herr Strüwer sieht innerhalb des Ausschusses unterschiedliche Auffassungen. Er stellt die beiden Alternativen dar, über die er abstimmen lassen könne. Einerseits könne das Thema „Streetwork“ nach der Sommerpause erneut diskutiert werden oder die Thematik werde mit dieser Tischvorlage abgeschlossen.

Herr Schledorn weist auf das Recht des Vorsitzenden hin, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Er schlägt vor, dass Herr Strüwer von diesem Recht Gebrauch macht und auf die Abstimmung verzichtet.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Beratung des Bürgerantrages ab.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

9. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen  
hier: Absenkung der Kosten der Erziehungshilfe 55-M 05  
Vorlage: 0493/2008**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer bittet die Verwaltung, die Vorlage zu erläutern und weist auf den fehlenden Beschlussvorschlag hin.

Herr Goebels erläutert die Vorlage. Der Beschlussvorschlag sei tatsächlich vergessen worden.

Herr Steuber liest den Beschlussvorschlag vor.

Herr Decker fragt nach der Beratungsfolge der Vorlage.

Herr Steuber erklärt, dass nach dem Jugendhilfeausschuss nur noch der Haupt- und Finanzausschuss beteiligt sei.

Herr Strüwer lobt die Arbeit und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Die Maßnahmen zur Absenkung der Kosten der Erziehungshilfe im Fachdienst für Pflegekinder sind weiter umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**10. Altenhagen - Programmgebiet Soziale Stadt  
hier: Verstetigung der Stadtteilentwicklung  
Vorlage: 0276/2008**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

**Beschluss:**

Der Bericht zur Verstetigung der Stadtteilentwicklung im Programmgebiet „Soziale Stadt Altenhagen“ wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                                 |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig beschlossen          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit beschlossen        |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt            |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung           |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen           |
| <input type="checkbox"/>            |                                 |
-

11. **Aufstellung der Jugendschöffenliste**  
Vorlage: 0473/2008

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer weist auf die ergänzende Tischvorlage hin.

Herr Decker fragt nach dem Sinn der Unterteilung zwischen Hauptjugend – und Hilfsjugendschöffen. Warum seien die männlichen Hauptschöffen von A – I und die Hilfsschöffen von J – Z eingruppiert worden?

Herr Strüwer berichtet, dass eine ähnliche Liste im Rat verabschiedet worden sei.

Herr Schledorn erklärt, dass ein Hilfejugendschöffe ein Ersatzschöffe sei.

**Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:**

*„Der Wahlausschuss des Amtsgerichts Hagen entscheidet über die Auswahl der benannten Bürger/innen zu Schöffen bzw. Hilfsschöffen. Vor dem Hintergrund der Entscheidung über die Person der Schöffen durch den Wahlausschuss des Amtsgerichts ist zur besseren Identifikation bzw. zum Abgleich dort bereits bekannter Personen/Schöffen eine Sortierung nach Nachnamen erfolgt.“*

Herr Strüwer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der vom Fachbereich Jugend & Soziales aufgestellten Vorschlagsliste für die Benennung von Jugendhaupt- und Jugendhelfschöffen einschließlich der in der Tischvorlage aufgeführten Namen zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

12. **Geschäftsbericht 2007 für den Fachbereich Jugend & Soziales**  
Vorlage: 0467/2008

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber erläutert den Geschäftsbericht anhand von einigen Beispielen.

Herr Strüwer lobt den vorliegenden Bericht. Er hat noch zwei Fragen zu dem Bericht. Auf Seite 5 sei die Konsolidierung des Fachbereiches Jugend & Sozia-

les mit Einsparsummen mit bis zu 10 Millionen € dargestellt. Auf Seite 7 seien die Finanzdaten mit dem Zuschussbedarf dargestellt. Es stelle sich für ihn die Frage, ob beides miteinander verbindbar sei.

Bei den Personaldaten auf Seite 6 sei ein deutlicher Rückgang von Planstellen ausgewiesen. Er wüsste gern, ob auch überplanmäßige Stellen hierin enthalten seien. Wenn nicht, warum seien sie dann hier nicht aufgelistet?

Zu den Fragen nimmt Herr Dr. Brauers Stellung. Die Frage sei berechtigt. Es läge eine Diskrepanz vor einerseits mit einem steigenden Zuschussbedarf auf der einen und andererseits mit einer erfolgreichen Konsolidierung auf der anderen Seite. Man müsse berücksichtigen, dass sich die Konsolidierung nur auf ganz bestimmte Teilbereiche beziehe. Dann würde ein Vergleich gezogen zu dem Basisjahr 2003. In diesen Bereichen habe man Vorgaben bekommen und die Erfüllung dieser Vorgaben sei der Verwaltung auch strukturell gelungen. Wenn die Kosten in anderen Bereichen explodierten, ergäbe sich natürlich immer noch kein positives Ergebnis. Der Zuschussbedarf sei trotz der erfolgreichen Konsolidierung gestiegen.

Zur zweiten Frage bestätigt er, dass hier nur Planstellen aufgeführt seien. Überplanmäßige Bedarfe seien dort nicht hinterlegt worden. Das Ganze sei schon fast geschichtlich begründet, weil man das immer so gemacht habe. Er schlägt vor, die überplanmäßigen Stellen zukünftig aufzunehmen.

Herr Strüwer hält das für sehr wichtig und bittet, die Anregung aufzunehmen.

Herr Schedorn nimmt Bezug auf die jungen Erwachsenen, die vielfach als Straßenkinder identifiziert worden seien. Das sei ja auch bei dem vorherigen Tagesordnungspunkt mit der Diakonie diskutiert worden. Das korrespondiere sicherlich auch mit der Frage der Betreuung. Er äußert die Bitte, irgendwann mal im Ausschuss über dieses Thema und dessen Entwicklung zu diskutieren.

Herr Steuber erklärt seine Zustimmung zu diesem Vorschlag, um etwas mehr Transparenz in diesen Bereich zu bringen. Er vermute, dass es mit dem Trend des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zusammenhänge, stationäre Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen aufzugeben und in Hagen mehr Einrichtungen und Wohnungen zu schaffen. Dort würden dann auch teilweise Betreuungen eingerichtet.

Herr Feldhaus nimmt noch mal Bezug auf die Seiten 6 und 7, auf denen ersichtlich sei, dass die angestrebten Konsolidierungsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales erreicht worden seien. Dies sei sicher für einige andere Teile der Stadtverwaltung nicht so realisiert worden. Da könne auch mit Stolz in die Diskussion um soziale Dienstleistungen gehen. Man habe bereits ein großes Sparpaket umgesetzt. Umso unverständlicher sei es, dass der Stellenplan mit entsprechenden Ausweitungen nicht genehmigt worden sei.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass dies nur ein Beratungsergebnis aus dem Personalausschuss gewesen sei. Der Stellenplan und der Haushalt seien noch nicht beschlossen. Sie sollten direkt nach der Sommerpause beschlossen werden. Er könne sich nicht vorstellen, dass zumindest die Stellen, die Refinanzierungsmöglichkeiten hätten, nicht eingerichtet würden. Die Entscheidung im Rat

der Stadt Hagen sei noch nicht gefasst.

Herr Strüwer begrüßt den Vorschlag, den einen oder anderen Teilbereich des Geschäftsberichtes in Folge aufzugreifen und ganz speziell im Ausschuss darzustellen. Die Erziehungshilfe sollte hierbei seiner Auffassung nach einen der Schwerpunkte bilden.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2007 des Fachbereichs Jugend & Soziales zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

### **13. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe Vorlage: 0521/2008**

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke schlägt vor, diesen Bericht in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu betrachten und an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu verweisen und später darüber zu befinden. Die einzelnen Berichte sollten im Zusammenhang mit dem Sparpaket diskutiert werden.

Frau Klos-Eckermann ist damit einverstanden. Sie erinnert daran, dass man in den vergangenen Jahren zu dem Bericht einen der Träger eingeladen habe, um seinen Arbeitsbereich vorzustellen. Sie würde sich wünschen, dass das Projekt „Vif“ vom Diakonischen Werk näher vorgestellt würde und anschließend in einer der nächsten Sitzungen der Werkhof seine Arbeit vorstelle.

Herr Strüwer schlägt vor, dass sich zunächst der Unterausschuss treffe und dort eine Reihenfolge vereinbart werde.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Verfahren einverstanden.

**Beschluss:**

Der Bericht wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**14. Anfragen nach § 6 Abs. 8 der GeschO des Rates**

Herr Decker möchte wissen, ob die verausgabten Mittel aus der Landeszuweisung im Bereich OGS auf 25 Jahre festgeschrieben seien.

Herr Goldbach bestätigt, dass die Investitionszuschüsse im Bereich OGS einer Zweckbindung unterlägen. Er sei sich jedoch nicht sicher, ob es sich um 20 oder um 25 Jahre handle. Die Zweckbindung sei für Schul- oder Jugendhilfeangelegenheiten. Bei einer möglichen Schließung einiger Grundschulstandorte stelle sich natürlich die Frage, inwieweit bei dem zum 31.12. dieses Jahres zu erstellenden Verwendungsnachweises für die Einrichtung der OGS-Räume dieses zuschussrelevant sein werde. Die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe prüfe zurzeit diese Fragestellung.

Herr Strüwer möchte wissen, ob dieser Aspekt bei der Fragestellung, welche Schulen geschlossen werden sollten, berücksichtigt worden sei.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass für diese Fragen der Schulausschuss zuständig sei. Der Fachbereich Jugend & Soziales sei nur Beteiligter bei der OGS.

Herr Steuber sichert zu, diese Fragestellung weiterzugeben.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.15 Uhr

Gez. Strüwer  
Vorsitzender

Gez. Krause  
Schriftführerin

**Hinweis:**

In der Anwesenheitsliste der Sitzung des JHA vom 06.05.08 wurde Herr Decker

versehentlich nicht aufgeführt. Herr Decker war bei dieser Sitzung anwesend.